Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen.
Beilagen: Sonntags: eine illustrierte; wochentags: „Der Hausfreund„
Bezugspreis: frei Haus vierteljährlich 1.60 Mk., frei Haus monatlich 0,60 Mk.
Durch die Post vierteljährlich 1,85 Mk., monatlich 0,70 Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Reklamezeile 40 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Vereinbarung. — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder bei Nichtinnehaltung der Zahlungsfrist erlischt der Rabatt und tritt der Grundzeilenpreis von 20 bezw. 40 Pfg. in Kraft

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend.

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6746 Breslau.

Nummer 58 | Sonnabend, den 9. März 1918 | 36. Jahrgang

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

6. März. Auf dem Norduser der Lys heftige feindliche Feuerüberfälle. — An mehreren anderen Stellen der Westfront rege Artillerietätigkeit. — Um Finnland Hilfe zu bringen, landen deutsche Truppen auf den Alandsinseln. — Der Vorfriede mit Rumänien ist unterzeichnet.

7. März. In vielen Abschnitten der Westfront rege Artillerietätigkeit. — Im Luftkampf werden 19 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballone abgeschossen. — In Tourcoing werden durch englische Bombenwürfe zahlreiche französische Einwohner getötet.

Das alte Spiel?

Der Schlußakt von Brest-Litowsk hat gerade keinen erhebenden Verlauf genommen. Der an Stelle Trotzkis von der Petersburger Regierung zur Unterzeichnung des Friedens ins deutsche Hauptquartier der Ostfront entsandte Herr Sokolnikow war unzufrieden. Verhandeln, überlegen, prüfen? Nein, das habe ja keinen Sinn. Das deutsche Ultimatum habe die russische Republik im Zustande der Demobilmachung getroffen, er sehe sich deshalb gezwungen, es anzunehmen und die vorgelegten Bedingungen zu unterschreiben. Das sei aber natürlich kein Verständigungsfriede. Unter dem Vorwande des Selbstbestimmungsrechtes unterstelle man die russischen Randvölker dem Einfluß des Gegners, und in Finnland und der Ukraine stütze der Vierbund die Bestrebungen der Gegenrevolution. Durch den Bruch des Waffenstillstandes vergewaltigt, unterzeichne Rußland den Friedensvertrag, ohne in Verhandlungen darüber einzutreten, nachdem es vergeblich an die deutschen Arbeiter appelliert habe. Ein zweiter Protest richtete sich gegen die Neuordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse in den ehemals türkischen Bezirken Erdehan, Batum und Kars, die, wie Herrn Sokolnikow alsbald vorgehalten wurde, vier Jahrhunderte hindurch zum Osmanenreich gehört hatten, bis sie 1878 von Rußland als Ersatz für eine nicht empfangene Kriegsentschädigung annektiert wurden. Also ein Akt historischer Gerechtigkeit, dem sich am allerwenigsten Apostel des Friedens und der internationalen Verträglichkeit, als welche die Bolschewisten ja zur Macht gekommen sind, versagen sollten.

Die Vertreter des Vierbundes sind dem Führer der russischen Delegation die Antwort natürlich nicht schuldig geblieben. Zwei Monate lang habe man bei voller Waffenruhe mit Rußland verhandelt, das allein die Verantwortung dafür zu tragen habe, wenn bei den jetzigen Schlußberatungen ohne näheres Eingehen auf Einzelfragen verfahren werde. General Hoffmann verwahrte sich insbesondere gegen den Vorwurf einer Verletzung des Waffenstillstandsvertrages durch Deutschland. Herrn Trotzki sei sofort am 10. Februar durch Herrn v. Kühlmann klipp und klar gesagt worden, daß mit einem einseitigen Abbruch der Friedensverhandlungen der Waffenstillstand von selbst außer Kraft trete, und Herr Trotzki habe diese Erklärung widerspruchslos zur Kenntnis genommen. Im übrigen sei die russische Demobilmachung ja schon seit Wochen im Gange gewesen, ganz unabhängig von den Aussichten und dem Stande der Friedensverhandlungen; darüber sei man in Petersburg ebenso gut unterrichtet gewesen wie in Brest-Litowsk. Nicht minder entschieden wies der Gesandte v. Rosenberg das Wort der Russen von dem Appell an die deutschen Arbeiter zurück, für die es eine Beleidigung bedeute, wenn ihnen zugemutet würde, daß sie sich mit Feinden ihres Landes gegen die eigene Regierung zusammentun sollen. Herr Sokolnikow blieb natürlich bei seinen Gedankengängen — und unterschrieb. Dann ging man unter einigen möglichst freundlich gehaltenen Abschiedsworten des österreichischen Bevollmächtigten auseinander.

Was nun weiter? Die Methode Sokolnikow unterscheidet sich nicht sehr wesentlich von der Methode Trotzki, soviel ist gewiß. Die Herren wollen den Kampf fortsetzen, wenn auch nicht mit den Waffen, so doch mit Wort und Schrift, vielleicht auch mit passiver Auflehnung gegen die Durchführung des Friedensvertrages. Glücklicherweise verfügen wir über Mittel und Wege, einen sanften Druck auszuüben, wo und sobald er erforderlich werden sollte, was die Lage der Petersburger Regierung allerdings nur noch mehr verschlimmern müßte. Aber wie lange wird sie überhaupt noch am Ruder sein? Und mit den Leuten, die nach ihr kommen, werden wir uns ohnedies wohl wieder auf neuer Grundlage verständigen müssen.

*

Was bringt der Friede im Osten?

Folgendes Nachwort zu dem Friedensschluß in Brest-Litowsk geht uns von besonderer Seite zu:

Der Friedensschluß von Brest-Litowsk bringt dem alten Rußland schwere Verluste. Gleichwohl sind ihm keine demütigenden Bedingungen auferlegt worden. So wie der Frieden mit Rußland jetzt vorliegt, ist er der Ausdruck der Verschiebung der Machtverhältnisse und der inneren Auflösung des nur durch zentralistische Gewalt künstlich zusammengehaltenen russischen Reichsbaues.

Auch den Widerstrebenden unter uns, die dem Phantom eines Friedens mit einem in sich geschlossenen Rußland nachjagten, wird nun wohl die Einsicht kommen, daß unsere Staatskunst auf dem rechten Wege war, als sie, die wirklichen Verhältnisse erfassend, der inneren Neugruppierung Rußlands Rechnung trug, und sie in den Dienst unserer Interessen stellte. Was in Brest-Litowsk geleistet und an fruchtbaren Ergebnissen erzielt worden ist, wird erst eine spätere Zeit voll abzuschätzen vermögen. Wir Zeitgenossen befinden uns zu sehr unter dem starken Eindruck der gewaltigen Geschehnisse, um es in vollem Umfange zu übersehen. An uns ist es, mit Empfindungen tiefen Dankes der Arbeit aller Beteiligten zu gedenken, die für sich das Zeugnis in Anspruch nehmen dürfen, daß die Feder nicht verdorben hat, was vom Schwert geschaffen worden war . . .

Was der Friede mit Rußland über die militärische Entlastung hinaus uns bringt, tritt schon jetzt in klaren Umrissen zu Tage. Eine unmittelbare Folge ist das Ablassen der Maximalisten von den störenden Eingriffen in die Neuordnung der ukrainischen Verhältnisse, mit deren Festigung die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen des jungen Staates zu den Vierbundmächten auf eine sichere Grundlage gestellt werden. In gleichem Schritt wird die Ukraine als Bezugsgebiet wichtiger Erzeugnisse im Werte wachsen. Im hohen Norden ist es Finnland, das von den Eingriffen der maximalistischen Anarchie befreit wird und damit die Möglichkeit empfängt, seine Angelegenheiten nach eigenem Ermessen zu gestalten. Neben der erfreulichen Wirkung der Abdämmung der anarchistischen Flutwelle gegen Westeuropa sind es auch hier bedeutende wirtschaftliche Interessen, durch die wir an einer neu gesicherten gesunden Entwicklung des von Rußland losgelösten finnländischen Staatswesens beteiligt sind. Daran schließt sich die Entfesselung der westlichen Randvölker Rußlands. Von Estland bis Polen sind eine Reihe von Randstaaten in Bildung begriffen, die das lebhafteste Interesse an einem für sie und für uns gedeihlichen Verhältnis zu Deutschland haben. Dieses Interesse wird auch dort zum Durchbruch gelangen, wo es, wie in Polen, zum Teil durch Verkennung der ausschlaggebenden Umstände noch getrübt ist.

Als Befreier vom russischen Joch ist Deutschland diesen Völkern erschienen und es wird ihre Bestrebungen mit Wohlwollen verfolgen. Die kommenden Ereignisse werden dafür Zeugnis ablegen. Und stehen auch noch schwere Kämpfe bevor, so ist doch schon die Morgenröte des herannahenden allgemeinen Friedens sichtbar.... Trotzalledem . . .

Deutsche Landung auf Aland.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 6. März.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Heftige Feuerüberfälle richtete der Feind gegen unsere Stellungen auf dem Norduser der Lys. Ein starker englischer Vorstoß bei Waasten wurde im Nahkampf abgewiesen. Beiderseits der Scarpe und in Verbindung mit eigenen erfolgreichen Erkundungen nördlich und südwestlich von St. Quentin lebte die Gefechtstätigkeit auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. In einzelnen Abschnitten Artilleriekampf. Sturmabteilungen drangen in der Gegend von Orues in die französischen Gräben und brachten 28 Gefangene ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Südlich vom Rhein-Marne-Kanal, im Thanner Tal und bei Altkirch rege Tätigkeit der Franzosen.

Östlicher Kriegsschauplatz.

In Verfolg der von der finnländischen Regierung erbetenen militärischen Hilfe sind deutsche Truppen auf den Alandsinseln gelandet.

Der Waffenstillstandsvertrag mit Rumänien ist von neuem formell unterzeichnet worden. Friedensverhandlungen schließen sich unmittelbar an.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

*

Wer blieb Sieger?

Die Westmächte beziffern nach ihren eigenen Heeresberichten die Gefangenen- und Beuteverluste der Mittelmächte seit dem 1. Dezember 1917 auf insgesamt:

9 656 Gefangene,
17 Geschütze,
322 Maschinengewehre,
18 Grabenwaffen.

Während des gleichen Zeitraumes konnten die gegen erdrückende Übermacht an Streitern wie Material kämpfenden Mittelmächte einschließlich der letzthin im Osten zu Paaren getriebenen roten Garden als Gewinn buchen:

120 443 Gefangene,
3 633 Geschütze,
7 103 Maschinengewehre
86 Grabenwaffen
128 000 Gewehre.

Außerdem:

Viele tausend Fahrzeuge (darunter 500 Kraftwagen, 11 Panzerautos), mehrere Millionen Schuß Artilleriemunition,

47 Panzer-, Motor- und Lazarettboote,
22 Flugzeuge (ohne die abgeschossenen),

über 800 Lokomotiven und über 8000 Eisenbahnwagen, größtenteils beladen mit Proviant; dazu unermeßliches Kriegsgerät, ungezählte Feldküchen mit Zubehör und vieles andere. Außerdem wurden im Osten mehrere Korpskommandeure, viele hohe Stäbe von Armeen und Divisionen gefangen. In diesen Zahlen ist die bereits vor einigen Tagen durch die Blätter gegangene Februarbeute einbegriffen.

*

Neue U-Boot-Erfolge.

Amtlich wird gemeldet: Unsere Unterseeboote haben im Sperrgebiet um England neuerdings 20 000 Br.-Reg.-To. Handelsschiffsraums versenkt.

Von den vernichteten Schiffen sind zwei besonders wertvolle bewaffnete Dampfer von je 6000 Br.-Reg.-To. in geschicktem Angriff, schärfster feindlicher Gegenwirkung zum Trotz, aus demselben Geleitzug herausgeschossen worden. Einer der Dampfer hatte Munition geladen. Zwei weitere tief beladene Dampfer wurden an der Ostküste Englands ebenfalls aus Geleitzügen herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der Verlust von auch nur zwei Schiffen „täglich" — schreibt der Marinemitarbeiter der „Times" — macht einen großen Unterschied in der Menge Brot und Fleisch aus, die zur Verteilung bereitstehen. Die Vernichtung eines Weizenschiffes von 5000 Br.-Reg.-To. bedeutet den Verlust von zwei Millionen Laib Brot, und wenn ein entsprechendes Fleischschiff torpediert wird, so bringt dies einen Verlust von 50000 Hammeln. Nach diesem Maßstab muß jeder U-Boots-Erfolg bewertet werden.

*

Die Landung auf Aland.

Ein zur Einrichtung eines Etappenplatzes für die Hilfsaktion nach Finnland bestimmter Teil unserer Seestreitkräfte hat am 5. März nachmittags bei Eckerö auf den Alandinseln gelandet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 6. März. Der Einzug der Deutschen in Wesenberg wurde von der estländischen Bevölkerung mit ungeheurem Jubel begrüßt.

Stockholm, 6. März. Aus Ententekreisen verlautet, daß Japans Kriegserklärung an Rußland nahe bevorstehe.

Lugano, 6. März. In römischen politischen Kreisen wird versichert, der Verband werde die Blockade auf Rußland ausdehnen.

Rom, 6. März. Ministerpräsident Orlando hielt im Senat eine Rede, in der er betonte, Italien sei einig, daß der Krieg unbedingt fortgesetzt werden müsse.

Washington, 6. März. Zur Errichtung und Unterhaltung einer Artilleriebasis in Frankreich fordert das Kriegsdepartement 640 Millionen Dollar und für weitere Luftrüstungen noch weitere 450 Millionen Dollar.

Philadelphia, 6. März. Unter Vorsitz des früheren Präsidenten Taft, wird hier am 16. Mai ein Konvent zusammentreten, der den Entschluß bekräftigen soll, gegen den preußischen Militarismus bis zum Siege zu kämpfen.

Artilleriekämpfe im Westen.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 7. März.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nordwestlich von Dixmuide brachten Sturmabteilungen von einem Angriff gegen zwei belgische Gehöfte drei Offiziere, 114 Mann und einige Maschinengewehre ein. Die Artillerietätigkeit lebte in vielen Abschnitten auf. Mehrfach wurden englische Erkundungsvorstöße abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Die französische Artillerie entwickelte an vielen Stellen der Front rege Tätigkeit. Nordwestlich von Avocourt drangen Stoßtrupps tief in die französischen Stellungen ein und kehrten nach heftigem Kampf und nach Zerstörung zahlreicher Unterstände mit 27 Gefangenen zurück.

Im Luftkampf wurden gestern 19 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballone abgeschossen.

Hauptmann Ritter von Tutschek errang seinen 26. Luftsieg, Durch Bombenabwurf englischer Flieger auf ein Lazarett in Tourcoing wurden zahlreiche französische Einwohner getötet.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

*

Die Beute der Mittelmächte.

Im ganzen beziffert sich die Beute der Mittelmächte seit dem 1. Dezember 1917 auf 120 443 Gefangene, 3633 Geschütze, 7103 Maschinengewehre, 86 Grabenwaffen, 128 000 Gewehre, viele tausend Fahrzeuge, darunter 500 Kraftwagen, 11 Panzerautos, mehrere Millionen Schuß Artilleriemunition, zahlreiche Tanks, 47 Panzermotor- und Lazarettboote, 800 Lokomotiven, 8000 meist mit Proviant beladene Eisenbahnwagen. Dazu unermeßliches Kriegsgerät, zahllose Feldküchen mit Zubehör und dergl. Diese ungeheuren Zahlen gewinnen vor allem an Bedeutung, wenn man bedenkt, daß die Zahl der 3633 Geschütze bei weitem den Friedensbestand sämtlicher deutschen Armeekorps an Feldartillerie übertrifft, während die Zahl der 7103 Maschinengewehre ein vierfaches darstellt von dem, was an dieser Waffe bei Kriegsausbruch in Deutschland vorhanden war. Rechnet man die Tausende von Geschützen und Maschinengewehren aus der Offensive gegen Italien hinzu, so kann man den ungeheuren Kräftezuwachs ermessen, der den Mittelmächten aus ihren Siegen zugeflossen ist, und den Ärger Englands und Frankreichs, von wo die erbeuteten Waffen stammen, vollauf würdigen.

*

Die Tätigkeit des „polnischen Korps".

In Warschau ist eine Abordnung der Offiziere des Korps des Generals Musnicki eingetroffen, um mit dem Regentschaftsrat Verbindung zu suchen und ihm die Wünsche des polnischen Korps zu unterbreiten. Diese Verhandlungen, die im Einverständnis mit dem Generalgouvernement vor sich gehen, behandeln die Frage, wie das polnische Korps nach Friedensschluß als Kader der künftigen polnischen Armee dienen soll. Die Rücksprachen beruhen auf der Vereinbarung, die am 25. und 26. Februar in Bobruisk zwischen General Musnicki und dem Bevollmächtigten des Oberbefehlshabers der deutschen Osttruppen, Major v. Wulffen, im Generalstab des Generalgouvernements in Warschau abgeschlossen worden sind. Nach der Vereinbarung ist das polnische Korps eine neutrale Truppe, der ein näher umgrenztes Gelände zur Sicherung gegen bolschewistische Anschläge zugewiesen wird. Das polnische Korps kämpft nur, wenn es in diesem Gebiet angegriffen wird, und ist in diesem Falle dem deutschen Oberbefehl unterstellt, sofern deutsche Truppen an der Abwehr des Angriffes beteiligt sind. Auf dem Gefechtsfelde führt der dienstälteste deutsche oder polnische Offizier das Kommando. Der Durchmarsch deutscher Truppen durch das Gebiet ist jederzeit gestattet.

Der Krieg zur See.

Neue U-Boot-Erfolge.

Berlin, 7. März.

Amtlich wird gemeldet: Durch unsere U-Boote wurden auf dem nördlichen Kriegsschauplatz 21 000 Br.-Reg.-To. Handelsschiffsraum vernichtet.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich der englische bewaffnete Dampfer „Whiteneur" (3680 Br.-Reg.-To.) mit Kohlenladung, ferner zwei bewaffnete Dampfer von 5000 und 4000 Br.-Reg.-To. Ein Dampfer hatte Erz und Holz für England. Die Erfolge wurden zum größten Teil in der Irischen See erzielt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die letzten vom „Seeadler".

Die „Times" erfährt aus Valparaiso: Ein in Talcahuano angekommener Schoner, der von der Insel Paques kam, brachte 58 Offiziere und Matrosen von der Besatzung des deutschen Hilfskreuzers „Seeadler" mit, die vorher auf dem Schoner „Tortuna" waren und bei der Insel Paques Schiffbruch erlitten hatten.

Ein englischer 17 500-To.-Dampfer versenkt.

Der Dampfer „Calgarlan" (17 500 Br.-Reg.-To.), der früher der Allan-Linie gehörte und im Jahre 1914 gebaut wurde, ist einer Reutermeldung gemäß Freitag nacht an der irischen Küste versenkt worden. Es heißt, daß mehrere Torpedos auf das Schiff abgefeuert wurden. Wie verlautet, führte das Schiff eine Besatzung von 400 Mann und hatte außerdem 150 Matrosen der Kriegsmarine an Bord.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 7. März. Wie verlautet, soll Graf Robert Kayserlingk zum Reichskommissar für die drei besetzten baltischen Provinzen und Litauen ernannt werden.

Berlin, 7. März. In der freien Fahrtrinne zwischen dem deutschen und englischen Sperrgebiet sind Minen ausgelegt worden, die nicht deutschen Ursprungs sind. England verstopft so Hollands Fahrtrinne und führt damit in offenbar neutralen Gewässern Krieg.

Wien, 7. März. Die Blätter erklären, daß der Passus über Odessa im Vorfriedensvertrag mit Rumänien notwendig gewesen sei, um den Getreidetransport und damit die endgültige Durchbrechung der feindlichen Blockade sicherzustellen.

Zürich, 7. März. Wie die Baseler Nachrichten melden, hat die Baseler Kreispostdirektion mitgeteilt, daß der Verkehr in der Richtung Frankreich-Schweiz vollständig eingestellt worden ist.

Genf, 7. März. Die französischen Offiziere in der rumänischen Armee sollen, Pariser Blättern zufolge, vorläufig in der Moldau verbleiben.

Genf, 7. März. „Journal de Genève" stellt fest, die Verführung Rumäniens zum Kriege ende für die Entente und ganz Europa mit einem furchtbaren Unglück, ja mit einer Katastrophe.

Genf, 7. März. Der französische Ministerrat genehmigte den Gesetzentwurf betreffend Einstellung des Jahrgangs 1919. Der Entwurf wird später der Kammer zugehen.

Der Vorfriede mit Rumänien.

Berlin, 6. März.

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist gestern im Schlosse Buftea bei Bukarest von den bevollmächtigten Vertretern der Vierbundmächte und den rumänischen Bevollmächtigten ein Vertrag unterzeichnet worden, in dem es heißt, daß, nachdem der zu Focsani am 9. Dezember 1917 unterzeichnete Waffenstillstandsvertrag am 2. März gekündigt und am 5. März 1918 um 12 Uhrmittags abgelaufen ist, vom 5. März 1918 mitternachts an eine vierzehntägige Waffenruhe mit dreitägiger Kündigungsfrist laufen soll.

Die Friedensbedingungen.

Zwischen den Unterzeichneten besteht vollkommene Übereinstimmung darüber, daß innerhalb dieses Zeitraumes der endgültige Friede abzuschließen ist und zwar auf Grundlage nachstehender Vereinbarung:

Rumänien tritt an die verbündeten Mächte die Dobrudscho bis zur Donau ab.

Die Mächte des Vierbundes werden für die Erhaltung [illegible] Handelswegs für Rumänien über Konstanza nach dem [illegible] Sorge tragen.

Die von Österreich-Ungarn geforderten Grenzberichtigungen an der österreichisch-ungarisch-rumänischen Grenze werden von rumänischer Seite grundsätzlich angenommen.

Ebenso werden der Lage entsprechende Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete grundsätzlich zugestanden.

Sofortige Demobilisierung.

Die rumänische Regierung verpflichtet sich, sofort mindestens acht Divisionen der rumänischen Armee zu demobilisieren. Die Leitung der Demobilmachung wird gemeinsam durch das Oberkommando der Heeresgruppe Mackensen und die rumänische Oberste Heeresleitung erfolgen.

Sobald zwischen Rußland und Rumänien der Friede wiederhergestellt ist, werden auch die übrigen Teile der rumänischen Armee zu demobilisieren sein, soweit sie nicht zum Sicherheitsdienst an der russisch-rumänischen Grenze benötigt werden.

Die rumänischen Truppen haben sofort das von ihnen besetzte Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie zu räumen.

Die rumänische Regierung verpflichtet sich, den Transport von Truppen der verbündeten Mächte durch die Moldau und Bessarabien nach Odessa eisenbahntechnisch mit allen Kräften zu unterstützen.

Rumänien verpflichtet sich, die noch in rumänischen Diensten stehenden Offiziere der mit dem Vierbunde im Kriege befindlichen Mächte sofort zu entlassen. Diesen Offizieren wird seitens der Vierbundsmächte freies Geleite zugesichert.

Dieser Vertrag tritt sofort in Kraft.

Der Vertrag ist von sämtlichen Bevollmächtigten unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen. In vierzehn Tagen! Noch vor wenigen Tagen schien es, als ob der rumänische Oberbefehlshaber und jetzige Ministerpräsident Averescu nicht geneigt sei, aus der unhaltbaren Lage Rumäniens die allein möglichen Folgerungen zu ziehen. Er schien noch immer gewissen Einflüssen der Westmächte geneigt zu sein. Nun hat er sich — nicht zuletzt unter dem Eindruck des deutschen Vormarsches — endgültig vom Verband getrennt und den Friedensweg beschritten. Die Wandlung wird Rumänien sicher zum Segen gereichen. Die Mittelmächte aber haben durch ihre Waffenerfolge nunmehr die Ostfront abgeräumt.

Friedensvertrag mit Finnland.

Ein neues Handels- und Schiffahrtsabkommen.

Berlin, 7. März.

Heute mittag ist der Friedensvertrag zwischen Deutschland und Finnland, ebenso ein Handels- und Schiffahrtsabkommen sowie ein Zusatzprotokoll zu beiden Verträgen unterzeichnet worden: In Artikel 1 wird erklärt, daß zwischen Deutschland und Finnland kein Kriegszustand besteht und daß die vertragschließenden Teile entschlossen sind, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben. Deutschland wird dafür eintreten, daß die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Finnlands von allen Mächten anerkannt wird, dagegen wird Finnland keinen Teil seines Besitzstandes an eine fremde Macht abtreten, noch einer solchen Macht ein Servitut an seinem Hoheitsgebiet einräumen, ohne sich vorher mit Deutschland darüber verständigt zu haben.

Die folgenden Artikel betreffen die Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen sofort nach der Bestätigung des Friedensvertrages, gegenseitigen Verzicht auf den Ersatz der Kriegskosten und der Kriegsschäden, die Wiederherstellung der Staatsverträge und der Privatrechte, den Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten und den Ersatz für Zivilschäden. Was die Staatsverträge anbelangt, so sollen die außer Kraft getretenen Verträge zwischen Deutschland und Rußland durch neue Verträge ersetzt werden, die den veränderten Anschauungen und Verhältnissen entsprechen. Insbesondere soll alsbald über einen Handels- und Schiffahrtsvertrag unterhandelt werden.

Schadenersatz und Gefangenenaustausch.

Zur Feststellung der Zivilschäden soll in Berlin eine Kommission zusammentreten, die zu je einem Drittel aus Vertretern der beiden Teile und neutralen Mitgliedern gebildet wird; um die Bezeichnung der neutralen Mitglieder darunter des Vorsitzenden soll der Präsident des schweizerischen Bundesrats gebeten werden.

Die kriegsgefangenen Finnländer in Deutschland und die kriegsgefangenen Deutschen in Finnland sollen tunlichst bald ausgetauscht, die beiderseitigen verschickten oder internierten Zivilangehörigen heimbefördert werden. Es folgen Bestimmungen über eine Amnestie, über die Zurückgabe oder den Ersatz von Kauffahrteischiffen usw. Zur Regelung der Alandfrage wird bestimmt, daß die auf den Inseln angelegten Befestigungen sobald als möglich entfernt und die dauernde Nichtbefestigung dieser Inseln durch ein besonderes Abkommen geregelt werden soll. Die Bestätigungsurkunden sollen tunlichst bald in Berlin ausgetauscht werden.

Zur Ergänzung des Vertrages werden binnen vier Monaten nach der Bestätigung Vertreter der vertragschließenden Teile in Berlin zusammentreten.

*

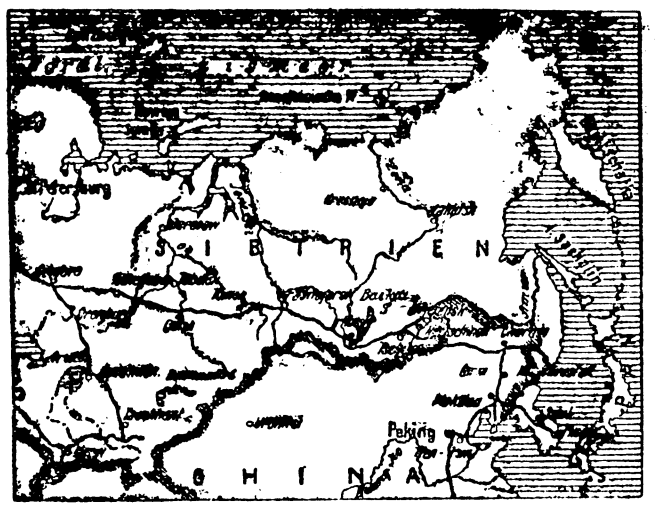
Vertrag zwischen Rußland und Finnland?

Nach einer (etwas unklaren) Meldung aus Petersburg hat die Bolschewiki-Regierung bereits am 1. März mit der sozialdemokratischen finnischen Revolutions-Regierung einen Vertrag geschlossen. Danach soll Rußland sofort seine Truppen aus Finnland zurückziehen. Offenbar wird diese Meldung nur verbreitet, um der Stimmung des finnischen Volkes gegen Rußland Rechnung zu tragen, da die revolutionäre Sozialisten-Regierung in Helsingfors in den russischen Truppen die besten Stützen ihrer Herrschaft verlieren würde. Das Abkommen sieht weiter vor, daß Finnland an Rußland die Festung Ino, die Eisenbahn von Valkeassari bis Petersburg und die Telegraphenkabel nach Rußland abtritt, während Rußland der finnischen Regierung die Leuchttürme und Hafenanlagen an der finnischen Küste kostenlos übergibt. — Wieweit dieser Vertrag Rechtskraft erhält, wird von der finnischen Regierung abhängen, die jetzt daran ist, mit Hilfe deutscher Truppen die Ordnung im Lande herzustellen.

Einmarsch Japans in Sibirien.

Ein Krieg ohne Kriegserklärung.

Nach dem militärischen Zusammenbruch Rußlands und der Ausbreitung des Bolschewismus in Sibirien hat Japan erklärt, es würde, natürlich im Einvernehmen mit den Verbündeten, im fernen Osten für Ruhe sorgen. Nur mit Widerstreben hat die Entente eingewilligt, eine formelle Einwilligung Amerikas liegt nicht vor. Gleich-



wohl beeilt sich Japan, die Ernte in die Scheuern zu bringen. Wie russische Blätter melden, befinden sich mehrere japanische Infanterie-Regimenter bereits auf dem Marsche nach Irkutsk. Die Japaner scheinen nicht mit eigenen Truppen vorgehen zu wollen, sondern sie haben chinesische Truppen zur Verfügung, die sie bei den Operationen von Charbin aus benutzen wollen. Alle Eisenbahnlinien, die Eisenbahn- und Telegraphenstationen sind teils von den Chinesen, teils von den Japanern besetzt. In Wladiwostok und Charbin regieren jetzt schon die Japaner. Die Bolschewiki-Behörden wurden abgesetzt. Die russischen Familien versuchten nach Rußland zu flüchten, es ist ihnen dies aber wegen der strengen Kontrolle der Japaner unmöglich. Sowohl in Charbin, wie in Wladiwostok herrscht im übrigen vollkommene Ruhe.

*

Wilsons Russenpolitik.

Wie das „Echo de Paris" aus Washington meldet, arbeitet die amerikanische Regierung darauf hin, die Haltung der Westmächte gegen Rußland zu mildern. Es wird für die nächsten Tage eine neue Botschaft des Präsidenten erwartet, in der Amerika erklären wird, alles zu tun, um Rußland vor dem übermächtigen deutschen Einfluß zu bewahren. Gleichzeitig ergehe an die Westmächte die Aufforderung, zur Errichtung dieses Zieles alle Sonderinteressen und Sonderwünsche aufzuopfern. Amerikas Russenpolitik sei aber dennoch mit der Politik der Westmächte im fernen Orient keineswegs unvereinbar.

Das Hungergespenst naht!

In England.

London (indirekt), 6. März. Unter der Überschrift „Die schwierigste Lage während der nächsten zwei Monate" erwähnte die „Times" am 6. vorigen Monats einen Vortrag des Ernährungsministers Lord Rhondda. Da aber der Inhalt vertraulicher Art war, enthielt sich das Blatt eines Berichtes. Nur der Abgeordnete Herbert Samuel äußerte hierüber am 13. Februar im Unterhause: „Die Abgeordneten seien mit schweren Zweifeln an der Lage der Nahrungsmittelzufuhr nach Hause gegangen."

Washington, 6. März (Reuter). Der Nahrungsmittel-Kommissar Hoever hat eine neue Verordnung über die Lebensmittelersparnis erlassen, wonach die Alliierten weitere erhöhte Zufuhr von Brotgetreide verlangt haben, wegen der geringen Ankünfte aus Argentinien. Deshalb sei es notwendig, zur weiteren Ersparnis von Brot den Fleischgenuß wieder mehr auszudehnen und auch den Alliierten soviel Fleisch zu schicken, als Transportmöglichkeiten vorhanden. Es werden infolgedessen die bestehenden Beschränkungen im Fleischgenuß aufgehoben.

Der Kaiser an den Reichstag.

Berlin, 6. März.

Auf das vom Präsidium des Reichstages an den Kaiser gerichtete Glückwunschtelegramm aus Anlaß des Friedensschlusses mit Rußland ist an den Vizepräsidenten des Reichstages Dove nachstehende Antwort eingegangen:

Herzlichen Dank für das Telegramm des Reichstags, dessen Fassung mich sehr erfreut hat. Der völlige Sieg im Osten erfüllt mich mit tiefer Dankbarkeit. Er läßt uns wieder einen der großen Momente erleben, in denen wir ehrfürchtig Gottes Walten in der Geschichte bewundern können. Welch eine Wendung durch Gottes Fügung! Die Heldentaten unserer Truppen, die Erfolge unserer großen Feldherren, die bewunderungswürdigen Leistungen der Heimat wurzeln letzten Endes in den sittlichen Kräften, im kategorischen Imperativ, die unserem Volk in harter Schule anerzogen sind. Sie werden uns auch durch die entscheidenden Schlußkämpfe hindurchtragen, endgültigem Siege entgegen. Bei den großen Aufgaben, die uns Friedensschluß, Wiederaufbau und Heilung der Kriegswunden stellen werden, wünsche ich meinem geliebten Deutschen Volk die alte geschichtliche Erfahrung, daß Einigkeit stark macht. Möchte es mit starkem Wirklichkeitssinn, mit unbeugsamem Glauben an sich selbst und seine Mission, mit starkem Staatsgefühl und stolzer Freude am Vaterland, an die neue Zeit und ihre Aufgaben herantreten, mit mir und meinem Hause durch die altbewährten Bande gegenseitigen Vertrauens verbunden! Ich zweifle nicht, daß aus den Stürmen und Opfern dieser Zeit eine reiche, starke und glückliche Zukunft erwachsen wird. Das Befinden des Reichstagspräsidenten Kaempf begleite ich mit besten Wünschen für baldige Genesung!

Der Reichspostetat.

Aus dem Hauptausschuß des Reichstages.

Berlin, 6. März.

Der Hauptausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute mit dem Postetat. In seinem Bericht führt Abg. Meyer-Herford aus, die Einnahmen erschienen mit den Ansätzen des vorjährigen Etats, die Ausgaben sind um 2 Millionen gewachsen. Dann erwähnt er die gewaltigen Leistungen der Feldpost, die ungeheure Massen von Sendungen täglich zu bewältigen hat im Betrage von vielen Milliarden, und das trotz der Verkehrsschwierigkeiten. Alles in allem sind die Leistungen der Post viel größer als im Frieden. Auf einen Antrag der Abgg. Hubrich (Vp.), Bruhn (D. F.), v. Flemming (kons.), Meyer (natl.), Nacken (Zentr.), Laubadel (Soz.), der einen Gesetzentwurf enthält, wodurch die Besoldungsordnung in der Fassung von 1916 geändert und das Besoldungsdienstalter der Post- und Telegrapheninspektoren und Hilfsreferenten bei den Oberpostdirektionen um je drei Jahre zurückgerückt werden soll, entgegnet

Staatssekretär Rüdlin: Die Zahl der höheren Beamten ist einzuschränken, die der mittleren zu erweitern, das gewährt günstigere Aussichten für die Zukunft. Die bevorstehende Besoldungsordnung wird vermutlich Gelegenheit geben, hier endgültige Verhältnisse zu schaffen. Auch über die Ersparung von Beamten schweben Erwägungen. Der Etat schließt planmäßig mit einem Überschuß von [illegible]

ab. Für 1917 dürfen wir auf eine Einnahme von 836 Millionen rechnen, ohne die Reichsabgabe. Die Einnahme aus dem Postscheckverkehr wird ca. 85,5 Millionen betragen, also den Voranschlag erheblich überschreiten. Die Reichsabgabe hat 1916 77,2 Millionen betragen, 1917 125 Millionen. Das Zurückbleiben hinter dem Anschlag ist auf die Feldpostsendungen zurückzuführen. Mehr als die Hälfte der Beamten sind im Felde, so daß große Ausgaben für Hilfskräfte erforderlich sind. Für 1918 ist auf eine Erhöhung der Einnahmen zu rechnen angesichts des Friedensschlusses im Osten. Täglich befördert die Feldpost 21 Millionen Sendungen. Infolge der Verkehrseinschränkungen wird die Beförderung verzögert. Eine Hauptsorge im Kriege war, daß die Bezüge der Angestellten mit der wachsenden Teuerung gleichen Schritt hielten. Es haben betragen: die Einnahmen in den letzten drei Jahren 741 760 960 Millionen, die Ausgaben 743 790 und 900 Millionen (einschließlich Reichsabgabe).

Polenfragen im preußischen Landtag.

(122. Sitzung.) *Rs.* **Berlin**, 6. März.

Die zweite Lesung des Haushaltplans der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen stand auf der Tagesordnung. Das Haus war in Erwartung größerer Dinge im Gegensatz zu den Sitzungen der vorhergehenden Tage sehr gut besucht. Für die Regierung waren die Minister Dr. Friedberg, Dr. Drews und v. Eisenhardt-Rothe erschienen.

Erklärung der Polen.

Abg. Dr. **Seyda** (Pole) betont, daß die polnische Fraktion sich an der Aussprache nicht beteiligen werde, nachdem die Regierung den polnischen Forderungen, die durch Vertrauenskundgebungen sämtlicher polnischer Wahlkörper voll gebilligt waren, nicht entgegengekommen ist, sondern sie in schroffer Weise abgelehnt hat. Wir können von dem von den polnischen Fraktionen hier im Landtage und im Deutschen Reichstage eingenommenen Standpunkt nicht abweichen. Wir legen bei dieser Gelegenheit erneut Protest ein gegen den Friedensvertrag in Brest-Litowsk. Die Abtrennung des Cholmer Landes von Polen ist eine schwere Verletzung des den Polen zuerkannten Selbstbestimmungsrechts und des Grundsatzes vom Frieden ohne Annexionen. Der Reichskanzler hat am 25. Februar in bezug auf die westlichen Grenzen des Königreiches Polen eine Politik angekündigt, welche ein freundnachbarliches Nebeneinanderleben der Polen und Deutschen unmöglich macht. Wir werden den ukrainischen Friedensvertrag niemals als Recht anerkennen.

Abg. Dr. **Wolf-Gorki** (kons.): Eine wirkliche Verständigung mit den Polen wird es niemals geben, denn die Wünsche der Polen auf politische und territoriale Selbständigkeit kann keine preußische Regierung erfüllen. Mit der von der Regierung beabsichtigten

Reform des Wahlgesetzes,

die vielleicht 150 Sozialdemokraten, 100 Zentrumsleute und 50 Polen bringen kann, kann die Regierung ihre Ostmarkenpolitik nicht fortsetzen. Die Regierung will nicht sehen, aber jetzt ist keine Zeit zu Konzessionen an die Polen. (Beifall rechts, Beifall bei den Polen.)

Vizepräsident **Lohmann** gibt das Danktelegramm des Kaisers auf den Glückwunsch des Abgeordnetenhauses zum Frieden mit Großrußland bekannt.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. **Friedberg**: Bisher war der auch von den Konservativen ausgesprochene Zweck der Polenpolitik, die polnisch sprechenden Preußen möchten sich möglichst bald auch als Preußen fühlen. Der Vorredner hat jedes Entgegenkommen an die Polen für aussichtslos erklärt. Das bedeutet eine Wandlung der konservativen Politik. Die Regierung will ebenfalls die Stärkung des Deutschtums aufrechterhalten, aber Ungleichheiten beseitigen, die nicht wirksam sind, aber von den Polen als ungerecht empfunden werden mußten, wir folgen also nur dem Gefühl der Gerechtigkeit. Gewiß wird unter einem veränderten Wahlrecht auch das Abgeordnetenhaus sich anders zusammensetzen. Verwunderlich ist, daß gerade die Konservativen ein Pluralwahlrecht vorgeschlagen haben, das an der Vertretung der Ostmark im Abgeordnetenhause so gut wie nichts ändern wird. Nur das Dreiklassenwahlrecht sichert die heutige politische Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses auch für die Zukunft und logischerweise müßten die Konservativen dann gegen jede Wahlreform sein und für die Aufrechterhaltung des Dreiklassenwahlrechtes eintreten.

Eine polnische Nation in Preußen kenne ich nicht,

von der Abg. Seyda sprach. Wir wissen, daß es nur kleine Gruppen der Polen sind, die sich mit uns verständigen wollen. Abg. Seyda hat gegen die Hergabe des Cholmer Landes an die Ukraine protestiert. Es gibt Fälle, in denen die Besprechung auch von Fragen der auswärtigen Politik in diesem Hause angezeigt erscheint. Diesmal ist es sicher nicht der Fall. Wie der Abg. Seyda und seine Freunde über den Friedensschluß mit der Ukraine denken, kann uns ziemlich gleichgültig lassen. Ich wüßte nicht, was die Polen selbst dafür getan hätten, unser Vaterland vom russischen Joch zu befreien. Sie verdanken es im wesentlichen den Mittelmächten. Leben und Existenz unseres Vaterlandes ordnen wir nicht nach polnischen Wünschen, sondern ausschließlich nach unseren eigenen Bedürfnissen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Pohlmann** (Vp.): Die heutige Erklärung der Polen unterschied sich wesentlich von den Tönen, die Abg. Korfanty im Ausschuß angeschlagen hat. Wir haben die Polen vom russischen Joch befreit, was sie selbst nicht fertiggebracht haben. Wir haben in der Zwischenzeit Polen in musterhafter Weise durch deutsche Beamte verwaltet und liberale Einrichtungen geschaffen, wie sie Polen seit hundert Jahren nicht mehr gehabt hat. Wir begrüßen das Entgegenkommen der Regierung und bedauern lebhaft, daß es in so schroffer Form zurückgewiesen wird. Wir verlangen eine Polenpolitik, die die

unlösbare Zugehörigkeit der ehemals polnischen Landesteile zu Preußen

unter Wahrung des deutschen Charakters aller Staatseinrichtungen betont, andererseits aber die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung der polnischen Bevölkerung sicherstellt. Wir lehnen jede Autonomie, jedes internationale Schiedsgericht ab. Die Polen müssen sich nicht als preußische Polen, sondern als polnisch sprechende Preußen fühlen, dann erst können wir auf ein friedliches Zusammenleben hoffen. Die Hoffnung hierauf geben wir nicht auf.

Der Zentrumsabgeordnete **Stanke** rügt, daß die Regierung die vorgenommenen Milderungen der bisherigen Bestimmungen nur auf Posen und Westpreußen, nicht aber auf Oberschlesien ausgedehnt habe.

In Bausch und Bogen verurteilte der Sozialdemokrat **Braun** die bisherige Polenpolitik als eine Ausnahmepolitik.

Abg. **Fuhrmann** (natl.) führte aus, nur ein Ideologe könne daran denken, den Polen gegenüber jemals auf eine Verständigung zu hoffen. Die Kaiserproklamation vom 5. November 1916 sei ein politischer Fehlschlag gewesen. Es habe sich gezeigt, daß man besser mit der Lösung der polnischen Angelegenheiten bis nach dem Kriege gewartet hätte. Redner verlangt

mehr Garnisonen für die Ostmark

und meint, die Regierung habe, unbelehrbar durch die Erfahrungen, ihren Weg „konsequent" weiter verfolgt.

Der konservative Abgeordnete **Winkler** legte Verwahrung ein gegen die Form, in der Minister Dr. Friedberg den von tiefstem Ernst getragenen Ausführungen des Abgeordneten Wolff-Gorki geantwortet habe. Redner wendet sich gleichfalls gegen die Kaiserproklamation vom 5. November 1916 und die Verständigungspolitik der Regierung.

Minister des Innern Dr. **Drews** legt in einer kurzen Erklärung Verwahrung ein gegen die in der Diskussion von einem konservativen Redner gemachten Versuche, eine Auseinandersetzung über die Versetzung von Beamten aus dem Osten nach dem Westen herbeizuführen. In solchen Dingen entscheide lediglich die Regierung aus gewichtigen Gründen.

Landwirtschaftsminister **v. Eisenhardt-Rothe** rechtfertigt die Tätigkeit der Ansiedlungskommission gegen Angriffe aus dem Hause. Sie werde das Deutschtum vor wie nach stärken, nur sei das

Enteignungsgesetz nicht mehr möglich.

Der Litauer Abg. **Gaigallat** sagte, die Polen erstrebten eine Vereinigung der Polen und Litauer, die aber weder für die beiden Teile, noch für das Deutsche Reich wünschenswert sei. Redner beschwert sich über die neue Grenze gegen Rußland, die mitten durch litauisches Gebiet ginge.

Kultusminister Dr. **Schmidt** verteidigt die Anordnungen der Regierung über den Religionsunterricht in polnischer Sprache.

Nunmehr wird der Titel „Ansiedlungskommission" gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen und Sozialdemokraten angenommen und das Haus vertagt sich.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(123. Sitzung.) *Rs.* **Berlin**, 7. März.

Am Regierungstisch die Minister v. Breitenbach und Hergt. Die durch die Auseinandersetzung über die polnischen Angelegenheiten unterbrochene

zweite Lesung des Eisenbahnhaushaltplans

wird fortgesetzt. Der fortschrittliche Abg. **Lippmann** zollte in längeren Ausführungen dem gesamten Beamten- und Arbeiterpersonal der Eisenbahnen Worte der Anerkennung für die großen Mehrleistungen, die trotz der schlechten Ernährungsverhältnisse ausgeführt worden sind. Scharfe Kritik übte der Redner an der gegenwärtigen ungemein

hohen Verteuerung der Eisenbahnreisen,

die dem Publikum das Fahren geradezu verekele. Man solle vor derartig einschneidenden Maßnahmen die Parlamente rechtzeitig hören. Trotzdem im Augenblick der finanzielle Stand des Eisenbahnetats nicht günstig sei, könne man der Zukunft mit Ruhe entgegensehen. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. **Macco**, der als Sachverständiger für eisenbahntechnische Fragen bekannt ist, hielt eine lange Rede über die voraussichtliche Entwicklung des Betriebsparkes der Eisenbahnen und über Einzelfragen des Eisenbahnetats, so über die Grundsätze, nach denen in zweckmäßiger Weise Tilgungen und Abschreibungen vorgenommen werden können.

Abg. **Leinert** (soz.) wendet sich in lebhafter Weise gegen das der Firma Reimar Hobbing (Nordd. Allg. Ztg.) verliehene Monopol auf die Eisenbahnreklame, während Abg. v. Wonna (frk.) und Eisenbahnminister v. Breitenbach das Abkommen verteidigen.

Die folgenden Redner brachten in großer Anzahl Wünsche der Eisenbahnangestellten und des Publikums zur Sprache.

Das Haus vertagt sich auf Montag.

Die Durchfuhr von Sand und Kies durch Holland.

Berlin, 7. März.

Halbamtlich wird geschrieben: Bekanntlich hat die Durchfuhr von Sand und Kies durch Holland, welche Deutschland auf Grund der Rheinschiffahrtsakte beanspruchen konnte und die Holland auch stets zugelassen hat, den Zorn Englands erregt. Dieser Zorn gegenüber Holland machte sich in der plötzlichen Unterbindung des holländischen Telegrammverkehrs nach Übersee im vergangenen Jahre Luft, eine Sperre, die von der englischen Zensur vorsichtigerweise auch auf alle holländischen Geschäftsbriefe von Übersee ausgedehnt wurde. Außerdem überschüttete die englische Regierung die holländische mit Noten, die zwar eine überwältigende Unkenntnis aller einschlägigen internationalen Bestimmungen und Abkommen verrieten, dafür aber in einem Tone gehalten waren, wie ihn England eben nur den von ihm „beschützten" „kleinen" Staaten gegenüber anzuwenden sich erdreistet. Weder die Sperre noch der rügende Ton noch endlich die Interviews und anderen wenig gelungenen amtlichen Äußerungen des englischen Gesandten im Haag in der holländischen Presse vermochten den erwünschten Eindruck auf die holländische Regierung auszuüben. Um so erfreulicher erscheint es uns, daß unsere Lage zurzeit uns gestattet, einstweilen von der Ausübung des Rechtes der Durchfuhr absehen zu können. So nehmen wir England wenigstens den Scheingrund zu der rücksichtslosen Behandlung unseres niederländischen Nachbars und können hoffen, ihm dadurch seine Stellung England gegenüber einigermaßen zu erleichtern.

Allerdings wird nach den bisherigen Erfahrungen die großbritannische Regierung kaum um einen neuen Grund verlegen sein, wenn es ihr passen sollte, den Holländern das Leben wieder sauer zu machen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✦ Im **Hauptausschuß des Reichstages** wurde über die Liquidation gewisser Firmen beraten, deren Inhaber feindliche Ausländer sind und gegen die so vorgegangen wurde, nachdem die betreffenden Staaten zuvor deutsches Privateigentum enteignet hatten. Insbesondere handelt es sich um die elsässischen Werke der Familie de Wendel. Das Verfahren gründet sich auf Artikel 31 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch und die Bekanntmachung des Bundesrats vom 31. Juli 1916. Die Beratung befaßte sich besonders mit der Frage, ob diese Liquidationen zweckmäßig seien.

✦ Über die **Stellung des Staatsministers Dr. Helfferich** hat der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Freiherr v. Stein auf verschiedene Anfragen mitgeteilt: Der Reichskanzler hat den Staatsminister Dr. Helfferich nach seinem Ausscheiden aus seinen früheren Ämtern befragt, ob er bereit sei, die im Interesse der Friedensvorbereitungen dringend erforderliche einheitliche Zusammenfassung der Vorarbeiten der Ressorts für den wirtschaftlichen Teil der Friedensvorbereitungen zu übernehmen. Staatsminister Dr. Helfferich hat sich bereit erklärt, diesen Auftrag zu übernehmen, und zwar im Ehrenamt und unter Ausschluß irgendeiner Besoldung oder Vergütung für seine Tätigkeit. Die Aufgabe Dr. Helfferichs, der unmittelbar dem Reichskanzler beigegeben ist, geht dahin, die Vorarbeiten der Ressorts für die wirtschaftlichen Friedensverhandlungen bei sich zu sammeln, sie auf ihre Vollständigkeit zu prüfen, etwa notwendige Ergänzungen zu veranlassen und auseinandergehende Wünsche in Übereinstimmung zu bringen.

✦ **Die deutsch-russischen Wirtschaftsfragen** werden gemäß dem Friedensvertrage durch besondere Verträge geregelt. Danach wird der Handelsvertrag von 1904 wiederhergestellt, der Schuldendienst Rußlands gegen die deutschen Gläubiger sofort wieder aufgenommen und der Verlust deutscher Vermögenswerte ersetzt. Andere Bestimmungen beziehen sich auf den Austausch der Kriegsgefangenen, der [illegible] in die Wege geleitet werden soll, sowie auf [illegible] Schutz der deutschen [illegible] in Rußland und endlich auf die Amnestiefrage.

✦ Bei den **deutsch-rumänischen Verhandlungen** steht, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, eine Kriegsentschädigung nicht auf unserem Programm, wohl aber soll nach Mitteln und Wegen gesucht werden, uns auf indirektem Wege einen Ausgleich für die Kriegslasten zu sichern, die uns durch Rumäniens Schuld aufgebürdet worden sind. Dabei dürfte in erster Reihe darauf hingewirkt werden, zu erreichen, daß die Requisitionen, die im Laufe des Krieges von uns erhoben worden sind, zur Aufrechnung kommen, so daß eine Bezahlung von unserer Seite sich erübrigen würde. Wie wir hören, handelt es sich hierbei um eine Summe, die den Betrag von einer Milliarde Mark erreichen dürfte.

✦ In neutralen Blättern ist die Behauptung aufgestellt worden, daß der **Friedensvertrag mit Rußland** von den Sowjets nicht ratifiziert werden würde. Allerdings hat ein Teil der Sozialrevolutionäre und ein Teil der noch weiter links von den Maximalisten stehenden Mitglieder der Sowjets die Absicht, die Ratifikation zu verweigern; trotzdem aber ist Lenin, das Haupt der Petersburger Regierung, nach wie vor der Ansicht, daß die Ratifikation vorzunehmen sei, und man hält sich zu dem Glauben berechtigt, daß er damit durchdringen werde. — Die Ratifikationen des Friedensvertrages mit der **Ukraine** sollen schon in den nächsten Tagen in Wien ausgetauscht werden.

✦ Das **Ministerium** des Äußern teilt mit, daß die deutsche Regierung die Zulassung einer niederländischen Kommission, die den **Bedarf von Sand und Kies** für bürgerliche Zwecke im besetzten Belgien und Nordfrankreich untersuchen sollte, abgelehnt hat. Die deutsche Regierung sei bereit, vorläufig von der Durchfuhr von Sand und Kies abzusehen, um der niederländischen Regierung Schwierigkeiten zu ersparen. Sie bleibt aber auf ihrem Rechtsstandpunkt und behält sich vor, auf die Angelegenheit zurückzukommen.

✦ Auf ein **Glückwunschtelegramm des preußischen Abgeordnetenhauses an den Kaiser** hat der Monarch wie folgt geantwortet: „Der Sieg im Osten gehört zu den größten Erfolgen der Weltgeschichte, dessen Bedeutung erst die Enkel richtig würdigen werden. Daß er das Deutschtum der baltischen Ordensländer nach menschlichem Ermessen für alle Zeiten sichert, ist mir eine große Freude und Genugtuung. Gott lasse baldigen endgültigen Sieg folgen! Ich bin voll tiefer Dankbarkeit gegen das Heer und seine großen Führer."

✦ In einem **Erlaß über die preußische Wahlrechtsvorlage**, den der Minister des Innern an die Regierungspräsidenten richtete, heißt es u. a.: „In letzterer Zeit hat in weiteren Kreisen der Bevölkerung anscheinend die Meinung Raum gewonnen, es sei der Staatsregierung nicht voller, nicht eindringlicher Ernst mit der Ausführung des Allerhöchsten Erlasses vom 11. Juli 1917, der die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen in Aussicht gestellt hat. Bei der entscheidenden kriegspolitischen Bedeutung, die die preußische Wahlrechtsvorlage gewonnen hat, **muß ich mit Nachdruck fordern, daß die mir nachgeordneten Dienststellen die Politik der Staatsregierung unbedingt nach außen hin vertreten.** Die Staatsregierung erkennt in keiner Weise an, daß durch die letzte Streikbewegung das Vertrauen in der Arbeiterschaft, das sie gerade mit der Wahlrechtsvorlage bekundet hat, eine Erschütterung erfahren hat, im Gegenteil erkennt sie in der patriotischen, pflichtbewußten Haltung der überwältigenden Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft während des Streiks eine Bestätigung ihres Vertrauens. Mit dem Wahlrechtserlaß vom 11. Juli 1917 hat sich der König selbst gegenüber den breiten Volksmassen verbindlich gemacht und die Staatsregierung, mit ihr alle ihre Organe, haben es als oberste Pflicht des königlichen Dienstes anzusehen, die Verbindlichkeit des Königs zu restloser Einlösung zu bringen."

Norwegen.

× Eine **aufsehenerregende Erklärung bezüglich Finnlands** gab der Verteidigungsminister Holtfodt im Storthing ab. Zur Beratung stand der Antrag auf Ausfall der diesjährigen Militärübungen zugunsten der landwirtschaftlichen Arbeiter. Der Minister erklärte, wer meine, daß für das norwegische Heer keine Verwendung sein werde, der sehe die Lage zu rosig an. Die russische Gefahr sei nur durch die finnische Gefahr abgelöst worden. Eine gewisse Richtung von finnischen Politikern glaube Anspruch auf nordnorwegische Häfen erheben zu dürfen. Die Ausführungen Holtfodts haben großes Aufsehen erregt.

Schweden.

× Wie das Stockholmer Blatt „Nya Dagligt Allehanda" erfährt, ist zwischen den schwedischen Jungsozialisten und der revolutionären Regierung in Helsingfors ein förmliches Abkommen getroffen worden, um in Schweden mit finnisch-russischer Unterstützung **im Frühjahr eine Revolution** zu ermöglichen. Danach sollten die Parteifreunde in Schweden von ihren finnischen und russischen Genossen durch eine Flottenaktion unterstützt werden, sobald die Ostsee fahrbar wird. Der Russe Komenjew hielt sich in Stockholm auf, um die Möglichkeiten für das geplante große Unternehmen zu untersuchen und außerdem Geldmittel für die Vorbereitungen zur Verfügung zu stellen. — Die Bolschewisten arbeiten also weiter für ihre Idee einer Weltrevolution.

Großbritannien.

× Die **„Irrtümer" Lloyd Georges** hinsichtlich des U-Boot-Krieges und seiner Wirkungen beginnen jetzt die Öffentlichkeit lebhaft zu beschäftigen. Die angesehene Wochenschrift „Truth" weist dem Premierminister unrichtige Angaben über die Versenkungsziffer, den Neubau und Erwerb von Schiffen, sowie die Schiffsraumvermehrung für 1917 nach. Das Blatt kommt auf Grund der Feststellung dieser mannigfachen Irrtümer Lloyd Georges zu dem Schluß, daß die Angaben des Premierministers sehr unzuverlässig seien und daß man ihm daher in Zukunft nicht mehr trauen könne. — Im Unterhause äußerte der ehemalige Premierminister Asquith etwa dieselben Bedenken. Er verlangte genau zu wissen, wieviel Handelsschiffe versenkt und wieviel 1917 neu gebaut seien. Bonar Law gab eine ausweichende Antwort, was in der Presse starke Erregung hervorgerufen hat.

× Das **neue Schreiben Lord Lansdownes**, das der Londoner „Daily Telegraph" veröffentlicht, macht in England das größte Aufsehen. Insbesondere hebt man allgemein hervor, daß die Diskussion über Belgien einen Schritt vorwärts gemacht habe. Lord Lansdowne habe recht, wenn er erkläre, es könne nicht schwer werden, Graf Hertling hinsichtlich seiner Forderung zu befriedigen, daß Belgien nicht mehr den Tummelplatz für feindliche Machenschaften bilden dürfe. Es bleibe nur noch, daß Graf Hertling deutlich erkläre, er habe mit seinen Ausführungen über Belgien nur diese Sicherung gemeint.

Rußland.

× Der **heimliche Kampf zwischen Lenin und Trotzki** steht vor der Entscheidung. In der Sitzung der Sowjets hatte Lenin fast nur Widersacher. Mehrere Blätter berichten, Lenin habe völlig den Boden unter den Füßen verloren. Um nicht erst den durch seine Anhänger herbeigeführten Sturz abzuwarten, hat sich Lenin zum Rücktritt entschlossen. Diesen hat er in einer der letzten nächtlichen Sitzungen angekündigt [illegible] im übrigen bereit erklärt, seine Tätigkeit [illegible] einzustellen.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 6. März. Staatsminister Frh. v. Schorlemer-Lieser hat den Vorsitz des Verbandes der preußischen Landkreise übernommen.

Berlin, 6. März. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, hat sich der Zentralausschuß der nationalliberalen Partei mit Neunzehntelmehrheit für das gleiche Wahlrecht ausgesprochen.

Dresden, 6. März. König Friedrich August hat aus Anlaß des Friedensschlusses an den Kaiser ein Telegramm gerichtet, das Kaiser Wilhelm mit herzlichen Worten beantwortete.

München, 6. März. Zwischen König Ludwig und Kaiser Wilhelm fand aus Anlaß des Friedensschlusses ein herzlicher Telegrammaustausch statt.

Detmold, 6. März. Der Lippesche Landtag wählte den Abg. Dr. Naumann-Hofer zum Vizepräsidenten.

Kopenhagen, 6. März. In den letzten Tagen fand hier eine skandinavische Waren-Austauschkonferenz statt, auf der eine vollkommene Einigung über Austausch und Transport der Waren erzielt wurde.

Haag, 6. März. Die Vereinigten Staaten sind grundsätzlich mit Japan, Großbritannien und den anderen Alliierten zu einer Übereinkunft über das Vorgehen in Sibirien gelangt, die Einzelheiten bleiben jedoch noch auszuarbeiten.

Berlin, 7. März. Das Verfahren gegen die Vorwärtsredakteure Kuttner und Stampfer wegen Landesverrats ist eingestellt worden.

Berlin, 7. März. Reichskanzler Dr. Graf von Hertling empfing gestern den ehemaligen polnischen Finanzminister Steczkowski. — In Herrn Steczkowski darf man wohl den zukünftigen polnischen Ministerpräsidenten vermuten.

Stuttgart, 7. März. Anläßlich des Friedensschlusses mit Rußland hat zwischen dem König und dem Kaiser ein herzlicher Telegrammaustausch stattgefunden.

Stuttgart, 7. März. Gestern traf König Friedrich August von Sachsen zum Besuch des Königspaares hier ein.

Stuttgart, 7. März. Der württembergische Minister des Inne[illegible] Dr. v. Fleischhauer wird demnächst zurücktreten. [illegible]folger wird der stellvertretende Bundesrats-[illegible] Berlin Dr. v. Köhler genannt.

[illegible] bevollmächtigte in [illegible] polnisches Blatt meldet, ist die

Wien, 7. März. Wie [illegible] sich an der im Friedens- neue Warschauer Regierung bere[illegible] gestellten gemischten vertrag mit der Ukraine in Aussic[illegible] der Grenze Kommission zur endgültigen Festsetzung [illegible]teiligen zwischen dem polnischen und ukrainischen Staat zu [illegible]

Stockholm, 7. März. Viele Matrosen der russische[illegible] Flotte verlassen die Schiffe, nachdem sie sie geplündert und ihre Geschütze beschädigt haben. Die Züge, die von den Häfen und Innern Rußlands gehen, werden gestürmt.

Stockholm, 7. März. Gegenüber der Preßhetze der Entente wegen der deutschen Landung auf Aland stellen ernste schwedische Blätter fest, es sei vergebens das schwedische Volk gegen Deutschland aufzuhetzen.

Schlußdienst.

Drahtl. und Korrespondenz-Meldungen.

Pour le mérite.

Berlin, 6. März. Der Kaiser hat dem Kapitänleutnant Hans von Mellenthin den Orden Pour le mérite verliehen.

Ein ehemaliger polnischer Minister beim Kanzler.

Berlin, 6. März. Der Reichskanzler Dr. Graf von Hertling empfing gestern den ehemaligen polnischen Finanzminister Steczkowski.

Das Urteil im Wiesbadener Kriegswucherprozeß.

Wiesbaden, 6. März. In dem Prozeß gegen die Geschäftsführer der Maschinenfabrik Wiesbaden, Stadtrat Karl Philippi, Direktor Rudolf Philippi und Prokurist Wilhelm Fischer, die wegen Bestechung und wegen Kriegswuchers angeklagt waren, wurde das Urteil gefällt. Das Gericht sprach, den Anträgen der Verteidiger folgend, die drei Angeklagten frei. Der Staatsanwalt hatte gegen die Brüder Philippi Verurteilung zu je einem Jahr Gefängnis und 10 000 Mark Buße sowie zur Rückerstattung von 124 000 Mark Bestechungsgelder beantragt.

Wieviel die Ukraine liefern will.

Lemberg, 6. März. Kiewer Blätter berichten, daß die ukrainische Delegation die Verpflichtung übernommen hat, bis zum 15. April an die Zentralmächte 30 000 Waggons Getreide, 2000 Waggons gefrorenes Fleisch und 1000 Waggons gedörrtes Obst zu liefern. Als Gegenleistung hat die Ukraine landwirtschaftliche Maschinen, chemische Produkte und Eisen zu erhalten.

Aufnahme des Zivilverkehrs mit Rußland.

Budapest, 6. März. Hierher wird berichtet, daß der Zivilreiseverkehr nach Rußland binnen kurzem wieder aufgenommen werden wird.

Moskau als Hauptstadt Großrußlands.

Haag, 8. März. Englischen Blättern zufolge will die russische Regierung ihren Sitz von Petersburg nach Moskau verlegen und Moskau zur alleinigen Hauptstadt Großrußlands machen.

Norwegische Hetzversuche.

Christiania, 6. März. Die als ententefreundlich bekannte hiesige Presse bezeichnet den Friedensschluß mit Rußland als schwerste Demütigung Rußlands und wirft der finnischen Regierung vor, sie habe durch die Herbeirufung der deutschen Hilfe die nordische Sache verraten. Finnland werde unter dem deutschen Einfluß ein neuer unruhiger, mißvergnügter Staat werden.

Kein serbischer Sonderfriede.

Haag, 6. März. Die serbische Regierung stellt das Gerücht, daß sie einen Sonderfrieden zu schließen beabsichtige, entschieden in Abrede.

Sir John Redmond gestorben.

Rotterdam, 6. März. Reuter meldet, daß Sir John Redmond gestorben sei. Über die Ursache des Todes des regierungsfreundlichen Irenführers verlautet noch nichts.

„Im Namen der irischen Republik".

Basel, 6. März. Nach Meldungen aus London nimmt die Sinnfeiner-Bewegung in der Grafschaft Clare Tag für Tag zu. Die Sinnfeiner requirieren alles im Namen der irischen Republik.

Aufstand in Marokko.

Bern, 6. März. „Temps" meldet aus Tanger: Im Landesinnern finden wieder Zusammenstöße statt. Die Agitation unter den Araberstämmen wächst. Im Gebiete von Mekines wurden einige Dörfer unterworfener Stämme durch Aufständische angegriffen. Französische Besatzungstruppen warfen schließlich die Angreifer zurück. Die französischen Behörden sind genötigt, Vorkehrungen zu treffen, da mit Eintritt der guten Jahreszeit wieder eine größere Bewegung unter den Aufständischen erwartet wird.

China muß mit Japan gehen.

Rotterdam, 6. März. Es steht fest, daß China sich mit allen Truppen, die Japan dazu für erforderlich hält, an der japanischen Expedition beteiligen wird.

Der japanisch-amerikanische Gegensatz wächst.

Basel, 6. März. Der Gegensatz zwischen der Union und Japan verschärft sich. Die einlaufenden Meldungen lassen erkennen, daß er viel tiefer ist, als man glaubte, und daß die gegenwärtigen eifrigen Konferenzen der Staatsmänner der Ententeregierung eine gefährliche Zuspitzung der Spannung zwischen Japan und Amerika zu verhindern suchen.

Wichtige Bundesratsbeschlüsse.

Berlin, 7. März. In der letzten Sitzung des Bundesrats wurden angenommen: 1. Die Entwürfe von Gesetzen betreffend die Feststellung eines vierten und fünften Nachtrages zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1917; 2. der Entwurf einer Bekanntmachung über weitere Bestimmungen zur Ausführung des § 7 des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst; 3. der Entwurf einer Bekanntmachung über die Vorverlegung der Stunden während der Zeit vom 15. April bis 16. September 1918 (Sommerzeit); 4. der Entwurf einer Verordnung über die Genehmigung von Ersatz-Lebensmitteln; 5. der Entwurf einer Verordnung gegen den Schleichhandel; 6. der Entwurf eines Gesetzes über Kriegszuschläge zu den Gerichtskosten, sowie zu den Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher; 7. der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes.

Das Urteil im Gohla-Prozeß.

Breslau, 7. März. Frau Gohla wurde wegen Betruges in elf Fällen, wegen Beamtenbestechung und wegen Lotterievergehens insgesamt zu sechs Jahren Gefängnis, fünf Jahren Ehrverlust und 1800 Mark Geldstrafe, der Ehemann Gohla wegen Beihilfe zum Betruge in neun Fällen zu einem Jahr Gefängnis und wegen Lotterievergehens zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Gericht hat als strafmildernden Umstand in Betracht gezogen, daß die Gläubiger der Frau Gohla zum größten Teil ihr Schicksal mitverschuldet haben, weil sie stille Teilhaber an einem Wuchergeschäft sein wollten.

Die Rubel wieder zugelassen.

Berlin, 7. März. Nach einer Bekanntmachung im Reichsanzeiger tritt die Verordnung, betreffend Verbot der Ein- und Durchfuhr von Rubeln, vom 17. März 1917, mit dem 5. März 1918 außer Kraft.

Die staatsgefährlichen deutschen Frauen.

Haag, 7. März. Das amerikanische Repräsentantenhaus hat einen Gesetzantrag angenommen, durch welchen die deutschen Frauen unter die feindlichen Ausländer einbezogen werden. Das Justizdepartement war für eine [illegible]che Maßnahme. Die Frauen waren bisher von der An- [illegible] des Gesetzes gegen feindliche Ausländer ausdrücklich wendung [illegible] man hatte aber gefunden, daß die deutschen ausgeschlossen, [illegible]nität ausnutzten. Der Antrag bedarf nur Frauen diese Imm[illegible] [illegible]en Senat, noch der Annahme durch [illegible]

Wirkung des Fliegera[illegible]riffs auf [illegible]

Bern, 7. März. Pariser Blätter berichten, daß in der Nacht vom 26. zum 27. Februar zwischen [illegible] Uhr abends und Mitternacht deutsche Flugzeuge mehrere Angriffe auf Nancy unternahmen, wodurch in der Stadt und ihrer Umgebung beträchtlicher Schaden angerichtet und ungefähr 10 Personen getötet wurden. In der Stadt entstanden mehrere Brände. An mehreren Stellen sind Häuser eingestürzt und ungeheure Trichter aufgeworfen. Dem „Journal" zufolge sind beinahe alle Stadtviertel schwer betroffen.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 9. März.

Sonnenaufgang	6[38]	Mondaufgang	4[26] V.
Sonnenuntergang	5[50]	Monduntergang	1[21] N.

1850 Generaloberst v. Heeringen geb. — 1888 Kaiser Wilhelm I. gest. — 1915 Die zweite Offensive der Franzosen in der Winterschlacht in der Champagne völlig gescheitert. — 1916 Verlängerung der Dienstpflicht in der Türkei bis zum 50. Lebensjahr. — Deutschland erklärt Portugal den Krieg.

* **Zum Hauptmann d. R.** befördert wurde Herr Gemeindevorsteher Oberleutnant Neugebauer, z. Zt. Truppenübungsplatz Neuhammer.

* **Landhaus-Lichtspiele.** An diesem Sonntag bringen die Landhaus-Lichtspiele als Hauptschlager das ergreifende Drama in 5 Akten: „Das rätselhafte Testament". Die zwingende Logik in den Zusammenhängen, die gehäufte Fülle menschlich erschütternder Vorgänge, die blendende Bildhaftigkeit der Situation, die eindringliche und anschauliche Regie haben den starken Eindruck auf das Publikum nicht verfehlt. Der berühmte Schauspieler Erich Kaiser-Titz gibt die Hauptrolle meisterhaft wieder. (Siehe Anzeige.)

* **Kriegsmöbel-Versorgung in Schlesien.** Zur Kriegsmöbel-Versorgung in Niederschlesien hat sich die Handwerkskammer Liegnitz mit den Behörden und Tischlerinnungen in Verbindung gesetzt. Es sind ihr darüber aus Liegnitz, Hirschberg, Landeshut, Glogau, Bunzlau, Grünberg, Görlitz und anderen Orten Zuschriften zugegangen und Verhandlungen gepflogen worden, die teilweise zu einem befriedigendem Ergebnis geführt haben. In Liegnitz will sich die Stadtgemeinde mit 50 000 Mark, die Tischlermeister mit 15 000 Mark und die Möbel-Industrie mit 35 000 Mark beteiligen. Im Kreise Hirschberg ist eine Kreiseinkaufs-Gesellschaft gegründet worden; die Tischlermeister überwiesen die Anfertigung von zunächst 100 Wohnungseinrichtungen. Die Stadt Grünberg hat sich bereit erklärt, das nötige Rundholz (Kiefer) der Tischler-Innung freihändig zur Forsttaxe abzugeben. Im Kreise Landeshut haben die Kommunalbehörden und das Tischlerhandwerk eine Genossenschaft gegründet, die die fertigen Möbel übernimmt; es ist die Anfertigung von 400 bis 500 Zimmer-Einrichtungen geplant. In Glogau ist auch eine Genossenschaft beabsichtigt, der die Stadtgemeinde ihre Unterstützung auch finanziell zugesagt hat. In Bunzlau hat die Tischler-Innung die Sache in die Hand genommen und will in einem gemeinsamen Magazin die fertigen Möbel verkaufen.

* **Uebes das Benehmen der jungen Leute** wird dem „Sorauer Tageblatt" aus Halbau geschrieben: Als eine wahre Verhöhnung der Verordnung über die Einschränkung des Reisens mit der Eisenbahn muß man es bezeichnen, wenn man sieht, wie eine Anzahl junger Burschen, dem Arbeiterstande angehörig, sich Fahrkarten 2. Klasse löst, um von Halbau aus Vergnügungsfahrten nach Sorau zu unternehmen. Die Ungeniertheit dieser Burschen nimmt überhand. Das Einsetzen ganz energischer behördlicher Maßnahmen wäre doch endlich am Platze. — Ein Seitenstück berichtet die „Eberswalder Zeitung": „Moderne" junge Leute aus der Munitions-Industrie unternahmen am Sonntag einen Ausflug nach Falkenberg. Schon in der Bahn entwickelten die unreifen Burschen ein Benehmen, das den lebhaftesten Unwillen der Mitreisenden erweckte. Einer der jungen Burschen zündete sich seine Zigarette mit einem Markschein an. Als ein älterer Herr ihn auf das unziemliche Benehmen aufmerksam machte, wurde der Bursche frech, und ein anderer zog zur Bekräftigung einen Zweimarkschein aus der Tasche, den er alsbald als Fidibus verwandte!

Löwen, 7. März. Auf dem Bahnhofe Löwen ist die Schaffnerin Frauenstein aus Breslau tödlich verunglückt. Trotz strengen Verbots beging sie die große Unvorsichtigkeit, unter einem stehenden Güterzuge hindurchzukriechen. Als dieser sich plötzlich in Bewegung setzte, gingen die Räder über sie hinweg und fuhren ihr das rechte Bein und den rechten Arm ab. Die Schwerverletzte wurde in das St. Adalbert-Hospital nach Oppeln gebracht wo sie bald nach ihrer Einlieferung verstarb. Sie war verheiratet und hinterläßt mehrere Kinder.

Brieg, 7. Februar. Vor dem Schwurgericht wurde am Montag gegen die Dienstmagd Ida Köhler, die zuletzt in Böhmischdorf in Diensten stand, wegen Kindesmord verhandelt. Die Angeklagte verbüßt gegenwärtig wegen unerlaubten Verkehrs mit einem russischen Kriegsgefangenen eine sechswöchige Gefängnisstrafe. Infolge dieses Verkehrs war sie Mutter eines Kindes geworden, das sie gleich nach der Geburt im November v. J. durch Aufschlagen des Kopfes auf die Krippe getötet hatte. Die Angeklagte wurde unter Annahme mildernder Umstände zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Kirche.

Sonntag, den 10. März (Lätare), vormittags um 9 Uhr Beichte und hlg. Abendmahl. Um 9½ Uhr Anfang des Gottesdienstes.

Mittwoch, den 13. März, nachmittags 5 Uhr 4. Passionsgottesdienst und im Anschluß Beichte und hlg. Abendmahl.

Katholische Kirche.

Sonntag, den 10. März, 6½ Uhr hlg. Messe, 9 Uhr Predigt und Hochamt, 2 Uhr Kreuzwegandacht mit hlg. Segen.

Wochenmessen: Dienstag und Donnerstag 6½ Uhr, an den übrigen Tagen 6½ und 7½ Uhr.

Besondere Andachten: Mittwoch abends 7½ Uhr Fastenpredigt mit heiligem Segen, Sonnabend abends 7 Uhr Bittandacht.

Beichtgelegenheit: vor und nach jeder hlg. Messe, sowie Sonnabend nachmittag von 5 Uhr ab und während der Bittandacht.

Evangelisch-altlutherische Kirche in Herischdorf.

Sonntag, den 10. März (Lätare), vormittags um 9½ Uhr Predigt und hlg. Abendmahl. Pastor Kuhlmann. Nachmittag 4 Uhr Bibelstunde in Schmiedeberg.

Donnerstag, den 14. März, nachmittags ½5 Uhr, Passionsgottesdienst in Herischdorf.

Christliche Gemeinschaft (innerhalb der Landeskirche.)

jeden Donnerstag nachmittag 5 Uhr Bibelstunde, Villa-Horter an der Salzbrücke, 1. Stock.

Landhaus-Kino
Warmbrunn.
Nur Sonntag, d. 10. März, ab 3-10 Uhr.
Schlagerprogramm!

Zahnradbahn Gaisberg bei Salzburg.
Wunderv. Naturaufnahme.

Seine Durchlaucht.
Köstliche Burleske!

Sensations-Schlager!
5 Akte! 5 Akte!
Das rätselhafte Testament!
Ungemein spannendes Drama in 5 Akten.

Extra Einlage:
Ein teurer Frauen!
Entzückendes Lustspiel in 2 Akten.

Sonntag nachmittag ab 3 Uhr prachtvolles Kinderprogramm. Ab 5—10 Uhr Hauptvorstellung. Nur für Erwachsene.
Preise der Plätze zur Kindervorstellung: 10, 20, 25 und 30 Pfg.
Preise der Plätze für Erwachsene: 40, 50, 70 und 100 Pfg.
Hochachtungsv. Fr. M. Grabs.

Junger Hahn
zu verkaufen.
Wrangelstraße 14 I.

Schwarzer
Schäferhund
(„Freki")
entlaufen.
Gegen Belohnung abzugeben bei
Wilm, Warmbrunn, Tannenberg 1.

Als
Damen-Schneiderin
empfiehlt sich
in und außer dem Hause
Helene Artt,
Hospitalstraße 12.

Lauf-Bursche
bei freier Station und Wochenlohn zum sofortigen Antritt gesucht.
Buchdruckerei
Ober-Schreiberhau
i. Rsgb.

Saubere
Bedienung
für einige Vormittagsstunden sofort gesucht.
Wrangelstraße 14 I.

Trockene Wohnung oder Speicher
zum Einstellen von Möbeln in Warmbrunn o. Umgegend zum April oder 1. Mai gesucht. 3—4 große Stuben erforderlich.
Angebote mit Preisangabe unter X. P. an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.